

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Télex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Fritz Sänger zum Lambsdorff-Vergleich von demokratischen Journalisten und mordenden Faschisten: Grenzenlose Zügellosigkeit. Seite 1

Dr. Anke Martiny MdB, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, fordert eine Lobby für die Schwachen: Leuten im "modernen Schuldturn" helfen. Seite 2

Karl Ravens MdL, Vorsitzender der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag, kommentiert das Programm der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Birgit Breuel: Elite-Förderung und Sozial-Abbau. Seite 4

Horst Seefeld MdEP, Obmann der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament, schildert Erfahrungen, die den Europa-Gedanken nicht attraktiver machen: Ärger an der Grenze. Seite 5

39. Jahrgang / 29

9. Februar 1984

Grenzenlose Zügellosigkeit

Zum Vergleich von faschistischen Mördern und demokratischen Journalisten durch Graf Lambsdorff

Von Fritz Sänger

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Gewalt, die sich in den Kriegsjahren grausam triumphierend durchgesetzt hat, als ein schreckliches Mittel politischer Auseinandersetzungen nicht nur verblieben, sondern sie hat sich vermehrt und wurde brutaler. Sie mordet in organisierten Aktionen und gar unter dem Schutz diktatorisch regierender Staatsorgane. In südamerikanischen Staaten werden Gruppen schweifender Gewalttäter "Todesschwadronen" genannt. Die Massengräber, die dort zuweilen gefunden werden, zeugen von den Kampagnen, in denen sich Verbrecher grenzenlos austoben.

Mit solchen Gruppen von tötenden, mordenden Horden hat jetzt der Bundesminister für Wirtschaft, Otto Graf Lambsdorff, die Presse in der Bundesrepublik, die deutschen Journalisten verglichen. Er nannte sie Todesschwadronen.

Wie muß das Bewußtsein dieses Mannes belastet sein, der, ein gebildeter Mensch in verantwortlicher Position, sich zu solcher grenzenloser Zügellosigkeit hinreißen läßt? Fürchtet er seinen politischen Tod? Er muß es wissen. Seine Standfestigkeit in der Abwehr noch nicht einmal bekannter, aber möglicher gerichtlicher Maßnahmen ist bemerkenswert, aber auch gefährlich für ihn und für das Amt, in dem er wirkt. Sie läßt einen Widerstand erkennen, der offenbar am Rande der Verzweiflung um Sein oder Nichtsein ausgefochten wird. Stehen die Dinge für ihn so?

Die Bürger im Lande beobachten die erstaunliche Haltung des Ministers. Sie verrät nicht Kaltblütigkeit, sondern tiefe Unruhe. Journalisten werden angegriffen, wenn sie ihrer Pflicht nachgehen, zu erforschen und mitzuteilen, was für Land und Leute im Staate wichtig ist. Wer sich in Gefahr begibt, kann darin umkommen. Journalisten wissen das, und viele haben ihre Pflicht in der Tat mit dem Leben bezahlt, wenn sie jenen "Schwadronen" unbequem wurden. Der jetzt beschuldigte Graf Lambsdorff ist doch nur ein Schwadronener. Ruhe und staatsbürgerliche Disziplin stünden ihm besser an.

(-/9.2.1984/ks/rs)

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

+ + +

Kostenlos lieferbar
mit einem beliebigen
Rezeptionspreis



Lobby für die Schwachen

Wer kümmert sich eigentlich um die Leute im "modernen Schuldturm"?

Von Dr. Anke Martiny MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Eigentlich weiß ja jeder, daß die hohe Arbeitslosigkeit die meisten von ihr betroffenen Männer und Frauen unverdient und unverhofft trifft. Und eigentlich weiß ja auch jeder, daß die Verbindlichkeiten und Verpflichtungen des eigenen Familien- und Haushaltsbudgets so angelegt sind, daß nur wenig frei verfügbare Finanzmasse übrig bleibt. Daraus müßte im Grunde der Schluß gezogen werden, daß die unverhofft arbeitslos gewordenen vor einem Berg ungelöster und kaum zu lösender finanzieller Probleme stehen. Dieser Schluß aber wird von vielen Verantwortlichen nicht gezogen, das Problem wird verdrängt.

Die SPD-Fraktion hat das Anhörungsverfahren über den "modernen Schuldturm", das vor wenigen Tagen stattfand, langfristig vorbereitet. Bereits vor zwei Jahren wurde mit dem damals einzigen Schuldenberater im ganzen Bundesgebiet Kontakt aufgenommen, um seine Erfahrungen kennenzulernen. Seine Ludwigshafener Kenntnisse lassen sich auf das gesamte Bundesgebiet verallgemeinern und sind mehr oder weniger trostlos. Auf eine kurze Formel gebracht, kann man sagen: Je weniger Geld einer verdient, um so teurer muß er Kredite bezahlen! Das Einkommen hängt von Bildung, Ausbildung, sozialer Herkunft und Alter ab, und entsprechend zusammengesetzt sind die Problemgruppen: Junge Leute, Sonderschüler, ungelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentner, ja selbst Sozialhilfeempfänger erhalten mitunter Kredite.

Ein besonders eklatanter Fall: Ein junger Facharbeiter nimmt bei einer Teilzahlungsbank für den ersten Autokauf 14.000 DM auf, er kommt anschließend zur Bundeswehr, kann seine Kreditraten nicht zahlen, schuldet um, wird nach der Bundeswehrzeit arbeitslos, schuldet ein weiteres Mal um, gerät in Verzug, weiß sich nicht mehr zu helfen, schließlich hat die Bank einen vollstreckbaren Titel. Seine Schulden belaufen sich jetzt auf mehr als 25.000 DM, er zahlt monatlich DM 500 zurück, hat inzwischen wieder Arbeit, aber er wird bis an sein Lebensende zahlen müssen, denn die 500 DM sind gerade für die Zinsen, an das eigentliche Darlehen kommt er nicht mehr heran.

Rechtlich ist an der Lage dieses jungen Mannes nichts zu beanstanden: So sind unsere Gesetze. Für die Vergangenheit hätte man ihm manchen guten Rat geben können, wie er in dieses Verhängnis nicht hätte hineingeraten können, aber das hilft jetzt nichts mehr. Wäre der Mann ein Wirtschaftsunternehmen und hätte das Zehnfache an Verbindlichkeiten, so würde in einem Konkursverfahren versucht, zu retten, was zu retten ist, und danach könnte der Unternehmer neu beginnen. Für einen Privatmann geht dies nicht.



Als besonders problematisch stellten sich bei dem Anhörverfahren die über Teilzahlungsbanken oder Kreditvermittler vermittelten Konsumentenkredite heraus. Sparkassen und Banken liegen mit ihren Kreditkonditionen deutlich günstiger als die Teilzahlungsbanken, die selbst von sich sagen, daß sie mit Krediten dort einspringen, wo Banken und Sparkassen nicht hingelangen, aus welchen Gründen auch immer. Häufig ist es die angebliche Anonymität des Kunden, die ihn an eine Teilzahlungsbank oder einen Kreditvermittler geraten läßt.

Das sechsstündige Hearing ergab eindeutig, daß ein ganzes Bündel von Maßnahmen notwendig ist, um der betroffenen Gruppe von Kreditnehmern zu helfen. Deutlich wurde, daß die Wuchergrenze eindeutig definiert werden muß; noch deutlicher wurde, daß Vollstreckungsschutzbestimmungen für Notfälle erarbeitet und verstärkt werden müssen, um Notfällen wie dem oben geschilderten zu Hilfe zu kommen. Deutlich wurde schließlich, daß Aufklärung dringend nötig ist - einerseits vorbeugend, um Menschen nicht in solche Notlagen geraten zu lassen, andererseits aber auch vor allem dann, wenn sie in ausweglose Situationen geraten sind.

Fast jeder zweite deutsche Haushalt hat einen Kredit laufen. Die meisten werden ordnungsgemäß abgewickelt, und das heißt ordnungsgemäß von beiden Seiten. Aber einer Untersuchung des Max-Planck-Institutes zufolge werden etwa 750.000 Kreditverträge aufgrund einer Kombination von Vertragsbestandteilen als sittenwidrig eingestuft; sie sind damit nichtig. Diese Verträge können in den "modernen Schuldturm" führen, und ihnen gilt auch weiterhin die Aufmerksamkeit der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion: Wir wollen den Ärmsten der Armen aus der Knebelung im "modernen Schuldturm" heraus helfen!
(-/9.2.1984/ks/rs)

+ + +



Elite-Förderung und Sozialabbau

Anmerkungen zum Programm der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Birgit Breuel

Von Karl Ravens MdL

SPD-Landesvorsitzender und

Vorsitzender der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag

Konsequent ist sie schon, die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel (CDU). Sie streitet seit Jahren für die Privatisierung öffentlicher Leistungen. Verschont davon bleibt fast nichts: Sei es die Nassbaggerei an der Küste, die Bundesbahn, die Vergabe von Verkabelungsarbeiten, die Einführung von Maut auf öffentlichen Straßen, der weitere Verkauf von VW-Anteilen und vieles andere mehr.

Jetzt hat sie mit einem Plan das Kabinett überrascht, wonach eine private wissenschaftlich-kulturelle Stiftung Niedersachsen gegründet werden soll. Zwangs-Gründungsmitglieder sollen ihre Kabinettskollegen sein. Als Hauptzweck der Stiftung schwebt Frau Breuel vor, die wirtschaftliche Strukturschwäche Niedersachsens in Vergleich zu den süddeutschen Ländern abzubauen. Die Landeshauptstadt Hannover soll zu einem kulturellen Zentrum zu Lasten der übrigen Regionen entwickelt und die Gründung privater Hochschulen betrieben werden.

Dies sind nicht nur fixe Ideen einer Außenseiterin. Das Albrecht-Kabinett scheint sich mit diesen Vorstellungen anzufreunden. Wer nicht in die Kabinettsolidarität eingebunden ist, reibt sich verwundert die Augen. Denn diese Vorstellungen bedeuten nicht nur eine Kapitulation der Landesregierung vor den ökonomischen und sozialen Problemen des Landes, sondern ihre Verwirklichung würde in Verbindung mit der CDU-Politik zu einer anderen Gesellschaft und zu einem anderen Staat führen.

Die Weichen sind in Bonn und Hannover bereits gestellt: Auch bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit bleibt die Bundesrepublik eines der reichsten Länder der Welt, die Produktivität der Wirtschaft wächst ständig und damit auch der gesellschaftliche Reichtum. Nur: Die Gewinne wandern einseitig auf die Kapitalseite, Arbeitslose wie Arbeitnehmer müssen ständige Einkommensverluste hinnehmen. Armut ist kein Fremdwort mehr. Ärmer wird gleichzeitig auch der Staat. Er kann seine Hauptfunktion, für das Allgemeinwohl und die Gleichheit der Lebenschancen zu sorgen, nicht mehr erfüllen. Dabei werden die Anforderungen an ihn größer. Mit ihren Privatisierungsideen betreibt Frau Breuel bewußt und konsequent die Demontage des Staates durch die Privatisierung der Gesellschaft.

Die Lösung der Strukturprobleme des Landes Niedersachsen ist aber Sache der Landesregierung und darf nicht das Ergebnis privater Zufälle sein. Sie kann nicht generös darauf verzichten, denn zur Lösung dieser Aufgaben ist sie gewählt. Mit ihrer Selbstentpflichtung aus der Verantwortung leitet sie einen schleichenden Prozeß ein, der die Gesellschaft in Besitzende und Nicht-Besitzende aufteilt. Die Gründung privater Hochschulen führt über kurz oder lang zu Elitehochschulen, in denen nicht nur die Begabung die Auslese bestimmt. Am Ende steht eine Vermögens- und Bildungselite, die sich nach unten abschottet. Die Kombination aller Privatisierungsvorstellungen führt letztendlich zu einer anderen, entsolidarisierten Gesellschaft.

Eine Phase deutscher Entwicklung, die zur Ausbildung des Sozialstaates und zu größerer Chancengerechtigkeit geführt hat, soll korrigiert werden. Dem Staat soll seine ausgleichende Funktion genommen werden, für gerechte Lebensverhältnisse und die soziale Umverteilung zu sorgen. Eine gerechte Gesellschaftsordnung setzt aber einen leistungsfähigen Staat voraus. Um die Schwachen, nicht um die Starken zu schützen.

(-/9.2.1984/ks/rs)

+ + +



Ärger an der Grenze

Die Bürokratie und der Zoll machen den Europagedanken nicht attraktiver

Von Horst Seefeld MdEP

Obmann der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Ein Deutscher, der in Paris lebt, kaufte ein Auto in der Bundesrepublik, besorgte sich ein Zollnummernschild und wollte mit dem Wagen nach Paris fahren. Dieses Vorhaben war von folgendem Ärger begleitet:

1. Diskussion an der Grenze mit französischen Zollbeamten. Erklärung eines Beamten: "Sie wohnen in Frankreich, also kaufen Sie gefälligst in Frankreich."
2. Der Autobesitzer überstand die unfreundliche Diskussion; er zahlte Zoll; eine Akte wurde angelegt.
3. In Paris suchte der Autobesitzer ordnungsmäßig die Zulassungsstelle auf. Eine Akte wurde angelegt. Er wurde aufgefordert, sich zum "Service des Mines" zu begeben.
4. Es wurde übersehen, deshalb mußte er das nachholen, zuvor "Volkswagen France" zu beehren. Dort wurde ihm erklärt: "Die Ausarbeitung der Unterlagen, die für den 'Service des Mines' benötigt werden, kann lange Zeit in Anspruch nehmen. Bisweilen müssen Untersuchungen im Herstellungswerk - also in Wolfsburg (!) - vorgenommen werden."
5. Tatsächlich vergingen einige Wochen. Die befristete Zulassung in Deutschland war inzwischen abgelaufen. Also: Rückfahrt nach Köln und - da unglücklicherweise das provisorisch angebrachte Nummernschild während der Fahrt verloren-ging - Ausstellung neuer Schilder nach langen Beratungen.
6. Rückfahrt nach Paris. Dort war inzwischen die Antwort von "Volkswagen - France" eingetroffen. Die französische Niederlassung von VW hatte das Fahrzeug geprüft und war zu der Ansicht gekommen, daß der eingeführte Wagen nicht den Normen entspricht, denen Autos des gleichen, aber für den Export hergestellten Typs in Frankreich unterworfen sind. Bemängelt wurde in erster Linie das Fehlen einer



"Anti-Zusammenprall-Vorrichtung", die gibt eine dicke Trennwand zwischen Motor und Fahrer. Für das Fahrzeug könne jedoch beim TÜV eine Ausnahmege-
nehmigung beantragt werden, da es andererseits den Bestimmungen ... (es fol-
gen deren 20) der Zulassungsverordnung entspreche.

7. Dem Termin, beim Technischen Überwachungsverein, weitab von Paris, ging aber-
mals eine Fahrt nach Köln für die Verlängerung der dortigen Zulassung voraus.
Der französische Zöllner empfahl bei der Rückkehr nicht nur barsch, französisch
zu kaufen, er stellte sich auch taub gegenüber der Beteuerung, die Zulassung in
Frankreich sei seit Monaten beantragt. Ein Blick in den beachtlichen Stoß der
Schriftstücke, die das beweisen sollten, lehnte er mit der Bemerkung ab: "Das
ist nicht wahr. Sie verstoßen gegen unsere Gesetze. Sie haben überhaupt kein
Recht, auf unseren Straßen zu fahren."
8. Untersuchung beim "Service des Mines". Diese versöhnten den Autohalter mit der
Bürokratie. Das Auto verfügte über die erforderlichen gelben Lampen, obwohl
die Franzosen selbst vorschriftswidrig mehr und mehr dazu übergehen, mit hellen
Scheinwerfern zu fahren. Bremsen, Bereifung, Stoßdämpfer, Radaufhängung und
etliches mehr ließ der Kontrolleur völlig außer Acht. Er setzte sich an das
Steuer, fuhr einmal um die Halle herum und stellte fest: "ca roule" - es
fährt!
9. Nachdem ungeahnte Barrieren auch bei der Versicherung genommen worden waren
(französische Versicherer bestehen auf einem internationalen Führerschein),
war ein Ende der Prozedur in Sicht: Mit neuen Papieren ausgerüstet, ein letztes,
zwei Stunden langes Warten auf dem Straßenverkehrsamt. Dann endlich, nach monate-
langem Kampf und Geduldsspiel, hatte der Fahrzeugbesitzer die Zulassung in der
Hand.
10. Vive l' Europe! Ja, es gibt noch viel zu tun und gerade auch bei Beispielen wie
dem zuvor beschriebenen bildet sich bei unseren Bürgern die Meinung über Sinn
und Notwendigkeit der Europäischen Gemeinschaft. Ich nehme die hier geschilderte
Begebenheit zum Anlaß für eine neue Initiative zur Überwindung bürokratischen
Unsinn in der Europäischen Gemeinschaft. (-9.2.1984/ks/rs)

+ + +

